



Selbstnutzende Hauseigentümer*innen und ihre Einstellungen zur Gebäudesanierung

// Dr. Katja Schumacher, Benjamin Köhler

// Unter Mitarbeit von Lara Schmitt und Dirk Arne Heyen (Konzipierung, Moderation und Auswertung der Fokusgruppen)

Der vorliegende Policy Brief bündelt Erkenntnisse aus Literatur, politischen Analysen und zwei eigens durchgeführten Fokusgruppen zu selbstnutzenden Hauseigentümer*innen in Deutschland und ihren Einstellungen zur energetischen Gebäudesanierung. Ziel ist es, Motivationen, Hemmnisse und Erwartungen dieser Zielgruppe besser zu verstehen und Ansatzpunkte für eine sozial gerechte, wirksame und akzeptanzorientierte Wärme- und Gebäudepolitik abzuleiten.

Die Analyse zeigt, dass selbstnutzende Eigentümer*innen eine höchst heterogene Gruppe darstellen – in ihren Einkommenslagen, Lebensphasen, Wohnsituationen und Vorerfahrungen. Gemeinsam ist ihnen jedoch, dass sie als unmittelbare Entscheidungsträger*innen eine Schlüsselrolle für das Erreichen der Klimaziele im Gebäude-sektor einnehmen. Die Fokusgruppen verdeutlichen zudem, dass der Alltag vieler Eigentümer*innen von einem komplexen Abwägen zwischen individuellen Bedürfnissen, finanziellen Möglichkeiten, technischen Unsicherheiten und der Bewertung des politischen Rahmens geprägt ist. Dabei wird deutlich: Sanierungsentscheidungen entstehen im Spannungsfeld aus subjektiver Verantwortungszuschreibung, wahrgenommenem Nutzen, Vertrauen in Beratung und Handwerk, Vertrauen in Informationen sowie dem Maß an politischer Verlässlichkeit. Die Komplexität der Thematik wird von vielen Teilnehmenden als hoch empfunden; gleichzeitig besteht jedoch ein grundsätzliches Interesse an klimafreundlichen Lösungen und eine Offenheit für Investitionen, sofern diese als sinnvoll und machbar erscheinen.

Aus den Diskussionen lassen sich gestützt durch die Literatur **konkrete Handlungsempfehlungen** ableiten.

Zentrale Handlungsempfehlungen

- **Planungssicherheit und Vereinfachung schaffen:**

Politische Rahmenbedingungen und Förderprogramme müssen langfristig stabil, transparent und weniger bürokratisch ausgestaltet sein, um Investitionsentscheidungen nicht durch Unsicherheit und Komplexität zu blockieren.

- **Soziale Gerechtigkeit gezielt stärken:**

Förderinstrumente sollten stärker sozial gestaffelt und auf einkommens- bzw. vermögensschwächere selbstnutzende Eigentümer*innen ausgerichtet werden, um vulnerable Haushalte wirksam zu entlasten und Mitnahmeeffekte zu begrenzen.

- **Beratung, Vertrauen und Einbindung lokaler Akteure ausbauen:**

Flächendeckende, unabhängige und möglichst kostenfreie Energieberatung sowie die Einbindung vertrauenswürdiger Akteure (Kommunen, Handwerk, Nachbarschaften) sind zentrale Hebel zur Reduktion von Informationsdefiziten und Entscheidungshemmnissen.

- **Motivation durch Gerechtigkeit, Verständlichkeit und Glaubwürdigkeit stärken:**

Motivation und Akzeptanz entstehen dort, wo Klimapolitik als gerecht, verständlich und machbar erlebt wird. Eigentümer*innen möchten sich sicher sein über die Richtigkeit ihrer Entscheidungen, die Zukunftsfähigkeit der Technologien, die Stabilität politischer Rahmenbedingungen und die Seriosität der verfügbaren Informationen. Klimapolitik sollte daher nicht primär auf monetäre Anreize setzen, sondern auf verlässliche Rahmenbedingungen, transparente Zielsetzungen, niedrigschwellige Informationen und einen glaubwürdigen Fokus auf soziale Ausgewogenheit.

- **Soziale Dynamiken und kollektive Wirksamkeit gezielt nutzen:**

Motivation und Akzeptanz lassen sich erhöhen, indem sichtbare Erfolgsbeispiele, positive Erzählungen des Gelingens und das Gefühl gemeinsamer Verantwortung gestärkt werden, sodass Haushalte sich als Teil eines wirksamen gesellschaftlichen Transformationsprojekts erleben.

Einleitung

Die energetische Sanierung der Gebäude sowie der Umstieg auf emissionsfreie Heizungen ist essenziell für die Erreichung der Klimaschutzziele. Die Eigentümer*innen von Gebäuden und Wohnung spielen hierfür eine wichtige Rolle, da sie diejenigen sind, die Investitionsentscheidungen treffen und aktiv werden können. Nutzen sie ihr Haus oder ihre Wohnung selbst (selbstnutzende Eigentümer*innen), profitieren sie von den umgesetzten Maßnahmen direkt.

Ungefähr 18 der insgesamt knapp 42 Millionen Haushalte in Deutschland besitzen ein Haus oder eine Wohnung, in dem/der sie auch selbst wohnen. Der überwiegende Teil dieser **selbstnutzenden Eigentümer*innen**, ca. 14 Millionen Haushalte und damit knapp 80 Prozent, wohnt in einem Ein- oder Zweifamilienhaus. Die weiteren knapp 4 Millionen Haushalte besitzen Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, zum Großteil (87 Prozent) in Wohnungseigentümergemeinschaften (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2022). Bei den Eigentumsquoten zeigen sich deutliche regionale Unterschiede in Deutschland. Die niedrigsten Quoten sind in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen zu finden, mit einer Eigentumsquote (bezogen auf die Anzahl der Haushalte) von 16, 20, respektive 32 Prozent. Die höchsten Quoten weisen das Saarland, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen auf (60, 51, respektive 49 Prozent; vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2024)). Hier spiegelt sich der Aspekt, dass ein Großteil der selbstnutzenden Eigentümer*innen in Ein- und Zweifamilienhäusern lebt, die insbesondere in ländlichen Regionen zu finden sind.

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ist die Quote der selbstnutzenden Eigentümer*innen geringer. Deutschland ist ein Mieterland: rund 53 Prozent der Bevölkerung lebte 2024 zur Miete (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2025; Statistisches Bundesamt (Destatis) 2022). Das ist die höchste Quote in der EU. Allerdings ist die absolute Zahl der selbstnutzenden Eigentümer*innen aufgrund der hohen Einwohnerzahl im europäischen Vergleich dennoch hoch. Zum Vergleich: In Frankreich, das mit 68,8 Millionen Personen das zweitbevölkerungsreichste EU-Mitgliedsland ist, wohnen ca. 63 Prozent der Haushalte in ihrem eigenen Zuhause, das entspricht ca. 20 Millionen Haushalten (Trading Economics 2026; Statista 2026; Eurostat 2026a; Eurostat 2026b). In gleicher Größenordnung bewegt sich die Anzahl der Eigentümer*innen-Haushalte in Italien, das drittbevölkerungsreichste Land mit knapp 60 Millionen Einwohner*innen, wo die Eigentumsquote bei knapp 76 Prozent liegt (Trading Economics 2026; Statista 2026; Eurostat 2026a; Eurostat 2026b).

Die Entscheidung für oder gegen eine **energetische Gebäudesanierung** können selbstnutzende Eigentümer*innen selbst treffen. Sie sind damit eine wichtige Personengruppe, um den Gebäudebereich fit für die Zukunft zu machen. Die energetische Gebäudesanierung liegt in Deutschland seit vielen Jahren bei einem Prozent pro Jahr oder niedriger.¹ Sie ist 2024 auf ein Allzeittief von 0,69 Prozent gesunken und ist damit deutlich niedriger als in vielen Szenarien zur Erreichung der Klimaziele als notwendig erachtet wird (Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) 2025). Und das trotz erheblicher finanzieller Förderung für die energetische Gebäudesanierung. Insgesamt ist die Sanierungsrate von Ein- und Zweifamilienhäusern höher als bei Mehrfamilienhäusern (Kaestner et al. 2025). Die energetische Sanierung ist aus zwei Gründen wichtig: zum einen wird der Endenergieverbrauch für die Beheizung reduziert,

¹ Die Sanierungsrate entspricht einen gemittelten Wert, in den die Sanierungsichten einzelner Bauteile (Fenster, Außenwand, Dach, Kellerdecke) einfließen.

zum anderen können Heizsysteme mit niedrigeren Temperaturen betrieben werden, wodurch erneuerbare Energien leichter und effizienter für die Gebäudeheizung genutzt werden können. Aktuell werden in Deutschland noch mehr als 75 Prozent aller Gebäude fossil beheizt (Erdgas oder Heizöl; Becker et al. 2024). Insbesondere in älteren Gebäuden ist der Anteil fossil beheizter Gebäude hoch; er sinkt erst in Gebäuden, die nach der Jahrtausendwende gebaut wurden, kontinuierlich ab (Becker et al. 2024).

Ein wichtiges Element der energetischen Gebäudesanierung ist die **finanzielle Förderung** durch Bund und Länder, insbesondere die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG). Die BEG kann grundsätzlich von selbstnutzenden Eigentümer*innen und Vermietenden genutzt werden, wobei der Anteil der selbstnutzenden Eigentümer*innen deutlich höher ist. In den Förderprogrammen „Wohngebäude“ (BEG WG) und „Einzelmaßnahmen“ (BEG EM) zeigen sich deutliche regionale Unterschiede bei der Nutzung bzw. Inanspruchnahme. Absolut werden beide Programme insbesondere in den Bevölkerungs- und Wirtschaftsschwerpunkten Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen genutzt (Heinrich et al. 2025b; Heinrich et al. 2025a). Hinsichtlich der Gesamtinvestitionen relativ zum BIP wird die BEG WG besonders stark in Berlin, Sachsen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz genutzt. Bei der BEG EM sind die Gesamtinvestitionen relativ zum BIP neben Baden-Württemberg auch in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sehr hoch. Beide Programmberiche werden insbesondere durch private, selbstnutzende Eigentümer*innen mit einem monatlichen Haushalt nettoeinkommen von mehr als 4.000 Euro genutzt (Heinrich et al. 2025b; Heinrich et al. 2025a). Im Bereich BEG WG liegt der Anteil der Haushalte mit einem monatlichen Nettohaushaltseinkommen von mehr als 4.000 Euro bei 77 Prozent (Heinrich et al. 2025b). Im Bereich BEG EM ist der Anteil mit rund 60 Prozent deutlich niedriger (Heinrich et al. 2025a). Dies zeigt, dass Haushalte mit einem niedrigen monatlichen Nettohaushaltseinkommen tendenziell eher Einzelmaßnahmen durchführen und keine Sanierung des Gesamtgebäudes zum Effizienzhaus. Die BEG WG wird insbesondere von Personen mittleren Alters in Anspruch genommen, wohingegen Rentner*innen (Alter 67 Jahre oder älter) die BEG WG kaum nutzen (Anteil 3 Prozent; Heinrich et al. 2025b). Die BEG EM wird von älteren Personen deutlich häufiger genutzt: 68 Prozent sind 50 Jahre oder älter, 21 Prozent sogar 67 Jahre oder älter (Heinrich et al. 2025a). Auch das Ariadne Wärme- und Wohnen-Panel kommt in der Befragung 2023 zu dem Ergebnis, dass insbesondere einkommensstarke Haushalte in Ein- und Zweifamilienhäusern ihre Gebäude energetisch sanieren (Knoche et al. 2024).

Das vorliegende **Papier** bündelt anhand von bisherigen Veröffentlichungen Informationen zu Menschen, die Wohneigentum selbst nutzen, und ihren Einstellungen zur Gebäudesanierung. Diese werden ergänzt um Einblicke aus zwei Fokusgruppengesprächen im Mai 2025. Das Ziel des Papiers ist dabei nicht, eine allgemeingültige Aussage über die Gebäudesanierung von selbstnutzenden Eigentümer*innen zu treffen. Vielmehr soll es die Belange dieser relevanten Zielgruppe sichtbar machen und geht dafür sechs Fragen nach:

- **Erkenntnisse aus der Literatur (Kap. 1)**

- **Soziodemographie:** Welche soziodemographischen Charakteristika beschreiben selbstnutzende Eigentümer*innen?

- **Psychographie:** Welche Einstellungen, Normen und Routinen können die Akzeptanz von Gebäudesanierung beeinflussen?
- **Erkenntnisse aus zwei Fokusgruppen (Kap. 2)**
 - **Motivatoren (2.1):** Was würde selbstnutzende Eigentümer*innen motivieren, zukünftig ihr Gebäude/ ihre Wohnung energetisch zu sanieren?
 - **Hemmnisse (2.2):** Welche Bedenken halten selbstnutzende Eigentümer*innen von der energetischen Sanierung des eigenen Gebäudes/ der eigenen Wohnung ab?
 - **Einstellungsveränderungen im Diskussionsverlauf (2.3):** Haben sich Einstellungen im Verlauf der Fokusgruppen-Diskussionen geändert?
 - **Reaktion auf politische Maßnahmen (2.4 und 2.5):** Wie bewerten selbstnutzende Eigentümer*innen Politik zur Gebäudesanierung?
- **Zusammenfassung und Schlussfolgerungen (Kap. 3)**
 - **Potenziale:** Wie können selbstnutzende Eigentümer*innen für die Gebäudesanierung motiviert werden?

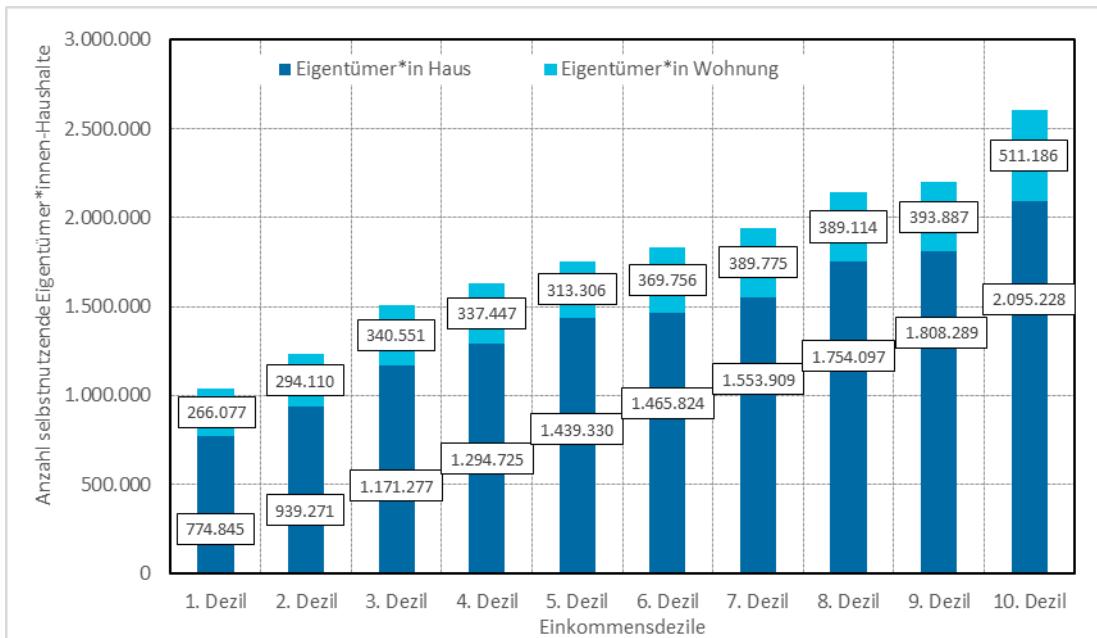
1 Erkenntnisse aus der Literatur

1.1 Soziodemographie

Die Verteilung der **selbstnutzenden Eigentümer*innen** nach Einkommensgruppen ist in Abbildung 1 dargestellt. Die Anzahl der Wohnungs- und Hauseigentümer*innen steigt über die Einkommensdezile signifikant an: Während im untersten Einkommenszehntel ungefähr 775.000 Haushalte (ca. 15 Prozent der Haushalte in dieser Einkommensgruppe) im eigenen Haus wohnen und 266.000 (ca. 5 Prozent) in eigenen Wohnungen leben, sind es im obersten Einkommenszehntel 2,1 Millionen Haushalte im eigenen Haus (ca. 53 Prozent der Haushalte in diesem Einkommensdezil) und 510.000 in der eigenen Wohnung (ca. 13 Prozent; FDZ - Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder 2018).

Insgesamt leben rund 45 Prozent der Haushalte im eigenen Heim, dies entspricht knapp 18 Millionen Haushalten. In Großstädten wohnen mit 30 Prozent allerdings deutlich weniger Haushalte im Eigentum als im deutschen Durchschnitt (Holm et al. 2021).

Abbildung 1: Selbstnutzende Eigentümer*innen nach Einkommensdezilen

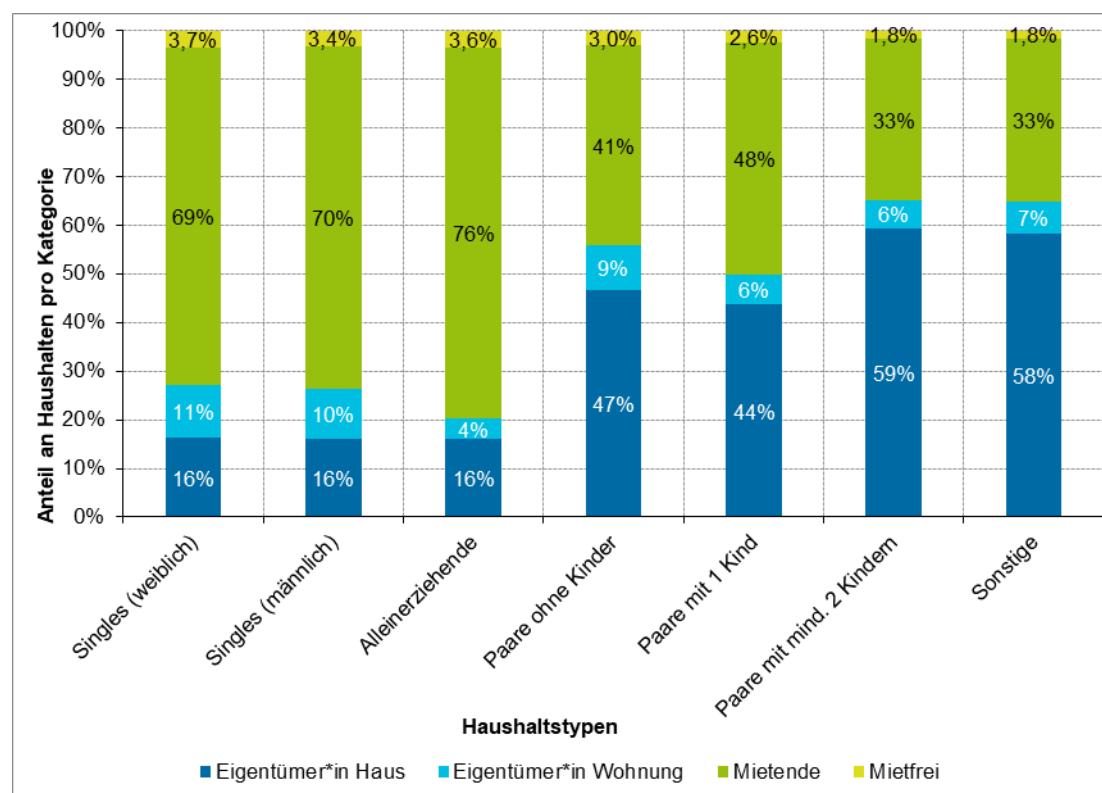


Datenquelle: FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018; Berechnungen des Öko-Instituts. Anmerkung: Nettoäquivalenzeinkommen wurden ohne fiktiven Mietwert berechnet, d.h. für selbstgenutztes Eigentum wurden keine unterstellte Miete angelegt wie sonst in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

Paare ohne oder mit Kindern wohnen besonders häufig in den eigenen vier Wänden (siehe Abbildung 2). Alleinerziehende und Singles wohnen dagegen weit überwiegend zur Miete. Besonders hoch ist der Anteil an Mietenden außerdem unter Arbeitslosen und Studierenden und anderen Nichterwerbstätigen (siehe Abbildung 3). In diesen beiden Gruppen lag der Anteil an Mietenden im Jahr 2018 bei 90 Prozent.

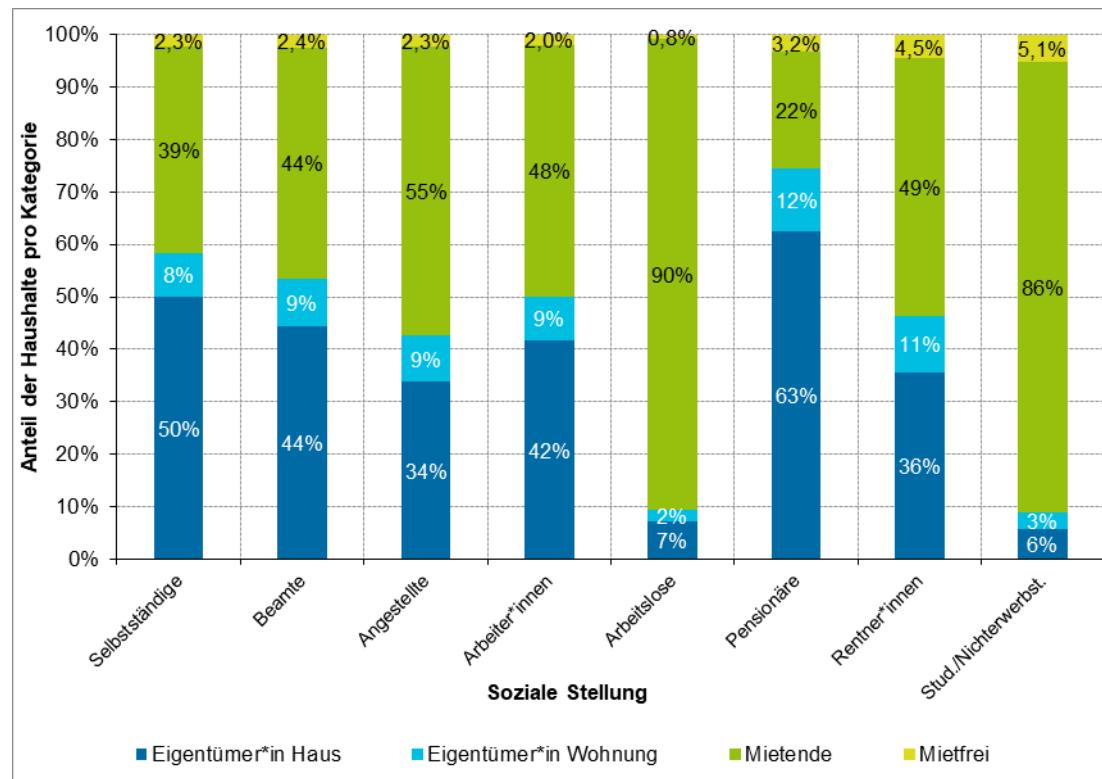
Unter erwerbstätigen Haushalten sowie Rentner*innen ist der Anteil an selbstnutzenden Eigentümer*innen und Mietenden relativ gleich verteilt. Knapp 75 Prozent der Pensionär*innen wohnen jedoch in den eigenen vier Wänden (Haus oder Eigentumswohnung).

Abbildung 2: Wohnverhältnis nach Haushaltstyp



Datenquelle: FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018; Berechnungen des Öko-Instituts

Abbildung 3: Wohnverhältnis nach sozialer Stellung



Datenquelle: FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018; Berechnungen des Öko-Instituts

Mit Blick auf **vulnerable Gruppen** wird im Kontext des Europäischen Emissionshandels im Gebäude- und Mobilitätsbereich (ETS2) und dem damit verbundenen europäischen Klima-Sozialfonds von Energiearmut und vulnerablen Haushalten gesprochen. In der Verordnung zum Klima-Sozialfonds werden Haushalte als „benachteiligt“ (engl. „vulnerable“) bezeichnet, wenn sie von Energiearmut betroffen sind oder Haushalte mit niedrigem oder mittlerem Einkommen im unteren Bereich sind, die stark von der CO₂-Bepreisung fossiler Energien im ETS2 betroffen sein werden und denen die Mittel für die Sanierung des Gebäudes, in dem sie wohnen, fehlen (Art. 2 Nr. 10 - European Parliament (EP); European Council (EC) 2023b). Wesentliche Merkmale der Definition von Energiearmut (nach Art. 2 Nr. 52 der Energieeffizienz-Richtlinie - European Parliament (EP); European Council (EC) 2023a) sind, dass Haushalte nicht in der Lage sind, ihren grundlegenden Bedarf an Energie sicherstellen zu können. Verursacht wird Energiearmut durch eine Kombination von mehreren Faktoren. Dazu gehören vor allem strukturelle Faktoren wie schlechte Energieeffizienz von Wohnungen, Häusern oder Haushaltsgeräten sowie hohe Energieausgaben und geringes Einkommen.

Analysen zu energiearmen und vulnerablen Haushalten zeigen auf, dass in Deutschland ungefähr zwischen 8 und 10 Prozent der Haushalte betroffen sein können (Braungardt et al. 2024; Fiedler et al. 2024; Schumacher et al. 2025). Die genaue Zahl hängt von den gewählten Indikatoren bzw. Indikatorenkombinationen ab. Der Anteil der energiearmen bzw. vulnerablen selbstnutzenden Eigentümer*innen liegt bei etwas mehr als einem Drittel, also bei rund 1,1 bis 1,3 Millionen Haushalten. Den Haushalten ist gemein, dass sie über ein geringes Einkommen verfügen, in energetisch schlechten Gebäuden leben und durch Energieausgaben stark belastet sind.

Hohe Anfangsinvestitionen für energetische Ertüchtigung ihrer Gebäude oder Heizzentralen stellen für diese Zielgruppe mehr noch als für andere eine hohe Hürde dar. Sie verfügen nicht über die nötigen finanziellen Mittel und Finanzierungsmöglichkeiten über Kredite sind eingeschränkt. Daran ändern auch Fördermittel nichts, denn die Förderung wird erst nachträglich auf Basis nachzuweisender Rechnungen ausbezahlt. Die KfW bietet einen Ergänzungskredit zu niedrigen Zinsen an, jedoch besteht auch hier nicht für alle Haushalte ein Zugang, der über die Hausbank mit entsprechender Kreditwürdigkeitsprüfung erfolgen muss. Für ältere Menschen spielt zudem oft eine Rolle, dass sie sich nicht verschulden möchten, die Belästigung des Umbaus mit Lärm und Schmutz nicht auf sich nehmen möchten und sich die Investition aufgrund ihres Lebensalters ggf. nicht mehr auszahlt.

1.2 Psychographie: Einstellungen, Normen und Routinen

Einstellungen können einen wesentlichen Einfluss auf die Entscheidung für oder gegen die energetische Gebäudesanierung haben. Insgesamt ist die Zustimmung zu Klimaschutz generell mit 80 Prozent sehr hoch (Knoche et al. 2024; Jahr der Befragung 2023). Dies findet aber keine Entsprechung in der Unterstützung „harter“ Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudebereich: weniger als 40 Prozent befürworten Maßnahmen wie das Verbot des Einbaus fossiler Heizzentralen (Knoche et al. 2024). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch eine PACE-Erhebung² vom November 2025

² Das Projekt PACE (Planetary Health Action Survey) ist ein gemeinschaftliches Forschungsprojekt von Universität Erfurt, Robert Koch-Institut, Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit, Leibniz-Institut für Psychologie, Science Media Center und Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin; [Mehr](#)

(Universität Erfurt 2025). Dies liegt sicherlich daran, dass Vorgaben zu Maßnahmen an Gebäuden die Menschen direkt adressieren und betreffen. Darüber hinaus kann die geringere Unterstützung für Maßnahmen im Gebäudebereich auch daraus resultieren, dass Eigentümer*innen den energetischen Zustand ihrer Gebäude oftmals deutlich besser einschätzen als er tatsächlich ist (Friedemann und Drinkuth 2024; Köhler et al. 2024). Die eigene Handlungsnotwendigkeit bzw. -verantwortung wird damit nicht gesehen. Die Bereitschaft energetisch zu sanieren ist höher, wenn die Eigentümer*innen noch lange in ihrem Haus oder ihrer Wohnung leben werden, bzw. das Erbe geklärt ist (Köhler et al. 2024).

Neben der allgemeinen Zustimmung zu Klimaschutz und Maßnahmen im Gebäudebereich zeigen die Erhebungen im Rahmen des Ariadne Wärme- und Wohnen-Panels auch deutliche regionale Unterschiede. Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudebereich haben eine deutlich geringere Unterstützung in den neuen Bundesländern und in den Stadtstaaten ist sie am höchsten (Knoche et al. 2024). Auch bei konkreten Maßnahmen zeigen sich Unterschiede, nicht nur regional. So befürworten Eigentümer*innen eher eine CO₂-Bepreisung als strikte Vorgaben zu Heizungstechniken wie ein Einbauverbot für fossile Heizungen (Knoche et al. 2024). Bei der CO₂-Bepreisung steigt dabei die Zustimmung mit einem sinkenden Anteil der Heizkosten am Gesamteinkommen (ebd.).

Aus einer umfassenden Meta-Analyse zu Determinanten der öffentlichen Meinung über klimapolitische Maßnahmen ist bekannt, dass die **wahrgenommene Gerechtigkeit** von Politikmaßnahmen im Vergleich mit anderen Faktoren die größte Korrelation mit deren Akzeptanz hat (Bergquist et al. 2022). Die Wärmewende in Deutschland wird von der Mehrheit der Bevölkerung als ungerecht empfunden. Dies zeigt u. a. eine VKU-Umfrage, nach der 82 Prozent der Deutschen an einer **sozial gerechten Wärmewende** zweifeln und der Politik nicht zutrauen, die Wärmewende und insbesondere den Umstieg auf klimaneutrale Heizungen entsprechend zu gestalten (Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) 2025). Entsprechende Zweifel können dazu führen, dass Gebäudeeigentümer*innen selbst nicht aktiv werden und eben nicht in die energetische Gebäudesanierung oder eine klimaneutrale Heizung investieren. Die Umfrage zeigt auch, dass die Bezahlbarkeit des Heizens für die Bürger*innen ein wichtiger Faktor ist. Dies betrifft sowohl neue, klimaneutrale Heizungen als auch bestehende, fossile Heizungen (Stichwort steigender CO₂-Preis). Dreiviertel der Befragten sind nicht bereit, für klimaneutrales Heizen mehr zu bezahlen (Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) 2025)³. Die Umfrage schlussfolgert darüber hinaus, dass insgesamt das Thema klimaneutrales Heizen für viele Menschen nicht (mehr) so wichtig ist. 50 Prozent der Befragten geben an, dass ihnen persönlich klimaneutrales Heizen unwichtig bzw. gar nicht wichtig ist. Das sind deutlich mehr Personen als jene, die das Thema für eher oder sehr wichtig halten (insgesamt 35 Prozent). Eine Umfrage von co2online zeigt jedoch, dass die Wärmepumpe mittlerweile die präferierte Heizungstechnik ist und Heizsysteme auf Basis erneuerbarer Energien eine Zustimmung von 58 Prozent erreichen (co2online gemeinnützige GmbH 11.12.2025).

³ Unklar bleibt in der Quelle allerdings, ob sich die fehlende Bereitschaft mehr zu bezahlen auf die aktuellen, bzw. vergangenen Heizkosten bezieht oder auch steigende Kosten für fossile Heizungen bei der Beantwortung der Frage antizipiert wurden.

Insgesamt spielt bei Sanierungsentscheidungen die **Wahrnehmung des politischen Rahmens** eine zentrale Rolle. Entscheidend sind nach einer Befragung für die Initiative Klimaneutrales Deutschland (IKND) und die Repräsentanz Transparente Gebäudehülle (RTG) eine attraktive, planbare und verlässliche staatliche Förderung sowie generell Planungssicherheit und Klarheit (Friedemann und Drinkuth 2024). Andauernde Debatten über die „Abschaffung“ oder komplette Neugestaltung der zentralen Gesetze und Förderprogramme für die Gebäudesanierung sind damit kontraproduktiv und führen zu Verunsicherung und Abwarten. Über 70 Prozent der Befragten geben an, bei einer besseren Förderung auf jeden Fall oder vielleicht zu sanieren. Anzumerken ist an dieser Stelle, dass bessere Förderbedingungen in der Vergangenheit nicht dazu geführt haben, dass die Sanierungsrate sehr stark angestiegen ist.

Ein weiterer Aspekt ist die **Komplexität** von energetischen Sanierungen. Eigentümer*innen empfinden Sanierungsprozesse als zu komplex und damit überfordernd (Friedemann und Drinkuth 2024). Verlässliche Beratungsangebote vor Ort könnten hier Abhilfe schaffen. Auch kann weniger Bürokratie bei der Umsetzung die Wärme wende beschleunigen bzw. entsprechende Maßnahmen attraktiver machen (Köhler et al. 2024)

Wirtschaftliche Faktoren beeinflussen Entscheidungen für oder gegen die energetische Gebäudesanierung sehr stark. Dabei spielen neben der staatlichen Förderung und realen (Investitions-)Kosten insbesondere auch empfundene oder erwartete Investitions- und Betriebskosten und damit die Einschätzung des persönlichen wirtschaftlichen Nutzens eine wichtige Rolle (Köhler et al. 2024). In diesem Kontext hat auch die eigene finanzielle Leistungsfähigkeit der Eigentümer*innen einen großen Einfluss.

Neben hemmenden Aspekten gibt es auch motivierende bzw. unterstützende Aspekte, die die Entscheidung für eine energetische Gebäudesanierung positiv beeinflussen können. Bei großen Investitionen, die sowohl hohe Kosten als auch mit einem großen (Planungs-)Aufwand verbunden sind, ist der **Zeitpunkt entscheidend**. Stehen an einem Gebäude ohnehin Instandhaltungs- und -setzungsmaßnahmen an, ist ein guter Zeitpunkt auch die Notwendigkeit einer energetischen Sanierung zu betrachten. Zu diesen Zeitpunkten wird die Notwendigkeit gesehen, an einem Gebäude „etwas zu machen“. Gute Beratung sowie die Meinungen von Personen, denen vertraut wird (Handwerksbetriebe, Familie, Nachbarn...), haben einen großen Einfluss darauf, was letztlich gemacht wird. Darüber hinaus können Aspekte jenseits der Verbesserung der energetischen Qualität die Entscheidung für eine energetische Gebäudesanierung positiv beeinflussen. Zu nennen sind hier die Verbesserung des Wohn- bzw. thermischen Komforts (gegen zu kalte wahrgenommene Räume, Zugluft), sowie Investitionen in die Barrierefreiheit und Sicherheit (Einbruchschutz). Auch kann die energetische Qualität bei der Umsetzung entsprechender Maßnahmen verbessert werden, auch wenn der eigentliche Auslöser ein anderer ist.

2 Erkenntnisse aus den Fokusgruppen

In **zwei von uns durchgeföhrten Fokusgruppen** sind Menschen zu Wort gekommen, die Eigentümer*innen eines Wohnhauses sind, in dem sie auch selbst wohnen

und zum Teil schon energetische Sanierungen durchgeführt haben.⁴ Ziel der Fokusgruppen war, Akzeptanz, Motivation und Gerechtigkeitserwartungen von Bürger*innen bei Klimaschutzmaßnahmen an ihren Gebäuden besser zu verstehen. Die leitfadengestützten Fokusgruppen fanden am 26. und 27. Mai 2025 online statt und hatten eine Dauer von jeweils knapp zwei Stunden. Die Anzahl der Teilnehmenden (TN) war auf jeweils sechs Personen beschränkt⁵. Die Ergebnisse sind aufgrund der geringen Anzahl der Teilnehmenden (insgesamt 11 Personen) nicht repräsentativ und verallgemeinerbar. Sie bieten jedoch vertiefte Einblicke in die Einstellungen, Wahrnehmungen und Motivationen der Teilnehmenden und liefern wichtige Hinweise zu besonders kontrovers diskutierten Aspekten zur Gebäudesanierung sowie sich in den Diskussionen entfaltenden Gruppendynamiken.

In der Rekrutierung wurde auf regionale Diversität innerhalb Deutschlands geachtet – keiner der genannten Lebensmittelpunkte der Fokusgruppenteilnehmenden taucht mehrfach auf. Die Teilnehmenden leben in Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen. Bei der Rekrutierung der Teilnehmenden war ein wichtiger Aspekt, dass die Teilnehmenden in einem selbstgenutzten Eigenheim leben und ein Teil der Teilnehmenden bereits (einzelne) Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung umgesetzt haben. Die häufigste umgesetzte Maßnahme der Teilnehmenden war der Austausch der Fenster (sieben Personen), gefolgt von einer Dachdämmung (drei Personen) und der Installation einer PV-Anlage und/ oder einer Wärmepumpe (jeweils zwei Personen; wobei wir die Installation einer PV-Anlage nicht als energetische Sanierungsmaßnahme ansehen). Die Außenwand und der Boden zum Keller wurden jeweils nur von einer Person gedämmt. Die Baujahre der Gebäude erstrecken sich von 1957 bis 2020. Eingezogen sind die Personen eher in den 2000ern, mit einer Ausnahme, die 1998 eingezogen ist. Das Alter der Personen erstreckt sich von 35 bis 74 Jahren. Bis auf eine Person, die in einem Dorf lebt, wohnen alle Personen in Städten (Klein- bis Großstädte).

Die zwei durchgeführten Fokusgruppen unterscheiden sich nach dem Nettoäquivalenzeinkommen der Teilnehmenden. An der ersten Fokusgruppe (Fokusgruppe 1) nahmen Menschen mit einem monatlichen Nettoäquivalenzeinkommen über 3.200 Euro teil⁶. An der zweiten Fokusgruppe (Fokusgruppe 2) nahmen nur Menschen mit einem monatlichen Nettoäquivalenzeinkommen unter 2.400 Euro teil. Neben der Information zu dem monatlichen Nettoäquivalenzeinkommen lagen den Interviewenden zum Interviewzeitpunkt keine weiteren Hintergrundinformationen zu den Teilnehmenden vor. Diese wurden jedoch im Nachgang vom rekrutierenden Meinungsforschungsinstitut bereitgestellt (anonymisiert und mit Zustimmung der Teilnehmenden) und für die Auswertung genutzt. Die qualitative Inhaltsanalyse der Transkripte baute auf Auswertungen mit der KI-basierten Software QInsights auf⁷.

⁴ Die Fokusgruppen fanden im Rahmen des Spendenprojekts 2024/2025 des Öko-Instituts statt: „Bausteine motivierender und sozial gerechter Klimapolitik“

⁵ Bei der Fokusgruppe 1 konnte eine Person wegen technischen Problemen nicht teilnehmen.

⁶ Das Nettoäquivalenzeinkommen berücksichtigt die Anzahl der Haushaltsmitglieder. Die erste erwachsene Person im Haushalt wird mit 1 gewichtet, alle weiteren Erwachsenen mit dem Faktor 0,5. Kinder unter 14 Jahren gehen mit dem Faktor 0,3 ein. Das gesamte Haushaltsnettoeinkommen wird durch die Summe der Faktoren geteilt und somit gewichtet. Dies ermöglicht die Vergleichbarkeit der Einkommen bei unterschiedlicher Haushaltgröße.

⁷ <https://www.qinsights.ai/>

An der ersten Fokusgruppe „hohe Einkommen“ nahmen fünf Personen teil. Das durchschnittliche Alter der sechs Teilnehmenden lag bei 49 Jahren. Eine Person hatte noch keine Maßnahme an dem selbstgenutzten Gebäude umgesetzt, eine Person eine Maßnahme und drei Personen gaben an schon mindestens zwei Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung durchgeführt zu haben. Drei Personen gaben an, dass sie ihr Gebäude mit Öl beheizen, eine mit Gas und eine Person hatte bereits eine Wärmepumpe installiert. In vier von fünf Haushalten lebten mehr als eine Person und in einem Haushalt lebte noch eine Person unter 14 Jahren. Drei Teilnehmende hatten eine Parteipräferenz rechts der Mitte (CDU/CSU, AfD), zwei Personen links der Mitte (Bündnis 90/Die Grünen).

An der zweiten Fokusgruppe „geringe Einkommen“ nahmen sechs Personen teil. Das durchschnittliche Alter in der zweiten Fokusgruppe lag bei 63 Jahren. Jeweils eine Person gab an noch keine bzw. mindestens zwei Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung umgesetzt zu haben. Vier Personen haben erst maximal eine Maßnahme durchgeführt. Vier Personen gaben an, dass sie ihr Gebäude mit Gas beheizen, eine mit Fernwärme und eine Person hatte bereits eine Wärmepumpe installiert. In fünf von sechs Haushalten lebten mehr als eine Person und in einem Haushalt lebte noch Personen unter 14 Jahren. Drei Teilnehmende hatten eine Parteipräferenz rechts der Mitte (CDU/CSU, AfD), drei Personen links der Mitte (SPD, Bündnis 90/Die Grünen).

2.1 Motivatoren

Als motivierende Faktoren für Sanierungsmaßnahmen werden von den Teilnehmenden Umweltschutz und Energieeinsparung sowie Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit genannt.

Beim **Umwelt- und Klimaschutz** betonen die Teilnehmenden, dass sie durch Sanierungsmaßnahmen ihren ökologischen Fußabdruck reduzieren und einen Beitrag zum Klimaschutz leisten möchten. Dies wird als langfristig sinnvoll und notwendig für die nächste Generation angesehen: „Es war auch das Thema Umweltschutz, Nachhaltigkeit, Energiesparen, denn ich denke, wir müssen da was tun. Und die Energie, die ich nicht verbrauche, das ist die günstigste.“ (TN Fokusgruppe 1)

Auch sind **Energieeinsparungen** mit Einsparungen bei den **Energiekosten** verbunden. Die Teilnehmenden betonen in diesem Zusammenhang aber auch, dass sich die Investitionen während der Nutzungsdauer, bzw. während der erwarteten noch verbleibenden Zeit in den eigenen vier Wänden, rechnen muss. Je nach Alter und Lebenssituation kann das Thema erwartete Kosteneinsparung damit auch ein Hemmnis sein: „Ich kalkuliere natürlich bei einer Investition mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung, die man ja hier noch im Haus verbringen kann, und in diesem Zeitraum sollte sich das natürlich finanziell rechnen.“ (TN Fokusgruppe 1)

Die Teilnehmenden nennen die Möglichkeit, durch Sanierungsmaßnahmen **unabhängiger von externer Energieversorgung** und deren Preisen und von **politischen Ereignissen/Entscheidungen** zu werden, als weiteren motivierenden Faktor. Als Beispiel nennen sie den Ukraine-Krieg und den Wunsch, unabhängiger von fossilen Energieträgern zu werden: „Ich glaube, wir alle waren ja zu Beginn des Ukraine-Kriegs sehr nervös, ob Putin uns den Gashahn zudreht, ob die Versorgung zusammenbricht und so weiter.“ (TN Fokusgruppe 1). Aber auch die **Unabhängigkeit von politischen Diskussionen** wird als motivierend für die energetische Sanierung und/

oder den Einbau einer auf erneuerbaren Energien basierenden Heizung genannt: „Ich wollte einfach mir nicht mehr von der Politik vorschreiben lassen, du sollst jetzt das, du sollst jetzt das. Ich mache es einfach und dann können die mich mal.“ (TN Fokusgruppe 2)

Einige Teilnehmenden sehen Sanierungsmaßnahmen als Möglichkeit, den **Wert ihres Hauses zu erhalten oder zu steigern**, insbesondere im Hinblick auf einen möglichen späteren Verkauf. Aber auch mit Blick auf die Weiternutzung des Hauses durch die eigenen Kinder (Erbe). Klarheit darüber, ob das Haus vererbt oder veräußert wird, erweitert den Betrachtungszeitraum und Amortisationszeiten können auch länger sein. Eng verbunden mit der Wertsteigerung sind auch die **Steigerung des Wohnkomforts** und eine **bessere Einbruchsicherheit**. Verbesserungen wie die Dämmung von Böden und Wänden oder der Austausch von Fenstern tragen zu einem angenehmeren Wohngefühl bei: „Und auch natürlich das Wohngefühl steigern, gerade weil eben diesen kalten Boden hatten, war das natürlich auch für unser Wohlbefinden noch ein wichtiger Punkt.“ (TN Fokusgruppe 1) bzw. „Bei uns kam noch das Thema Einbruchsicherheit dazu, das wird ja heute immer mehr eingebrochen [...]. Das war also eine zusätzliche Motivation für uns, neue Fenster einzubauen.“ (TN Fokusgruppe 1)

Empfehlungen und Berichte aus dem persönlichen Umfeld, wie von Nachbarinnen oder Handwerkern, haben ebenfalls eine motivierende Wirkung: „Unsere Nachbarn haben halt auch angefangen mit dem gleichen Heizungsbauer eine Wärmepumpe einzubauen, die waren vor uns und mit denen habe ich mich auch ausgetauscht. Also das war auch durchaus positiv so, wie wir das jetzt auch empfinden. Das bestärkt einen dann schon.“ (TN Fokusgruppe 2). Handwerker*innen werden großes Vertrauen und eine hohe Kompetenz zugesprochen. Unabhängige und kostenlose Energieberatung wird als hilfreich bezeichnet, um Hauseigentümer*innen einen Überblick über mögliche Maßnahmen und Förderungen zu geben, auch wenn der Empfehlung der Beratenden in einem Beispiel nicht gefolgt wurde. Man fühle sich durch die Beratung und die gelieferten Informationen aber „sicherer“ in der eigenen Entscheidung. Neben den Berichten eigener Erfahrungen betonen die Teilnehmenden auch, dass sie sich durch die während der Fokusgruppendifiskussion berichteten positiven Erfahrungen bei der Gebäudesanierung und der Motivation anderer Teilnehmenden auch selbst motivierter fühlen: „[...] also ich finde das so super von den Leuten, die jetzt hier gesprochen haben, dass da wirklich was vorangeht und das motiviert mich Jüngerer jetzt auch enorm.“ (TN Fokusgruppe 2)

Einige Teilnehmenden sind **begeistert von den digitalen Möglichkeiten, die mit neuen Techniken** wie Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen verbunden sind (Informationen und Steuerbarkeit in Apps). Sie sehen die Nutzung solcher Systeme als motivierend. Die Bedienung der Technik macht den Teilnehmenden Spaß und es gibt ihnen ein gutes Gefühl zu sehen, dass sie Energie und Kosten sparen (**Selbstwirksamkeit**). Der Motivationsfaktor der digitalen Möglichkeiten entfaltet mit Blick auf Dämmmaßnahmen hingegen keine Wirkung: „Und wo ich euch zustimmen muss, dieser Spieltriebfaktor, dieser Gadgetfaktor, Solarstrom, Wärmepumpe, einfach zu gucken, wieviel hab ich denn heute erspart? Wie sieht es denn da aus auf dem Handy? Ich kenn das von meinem kleinen Balkonkraftwerk. Find ich wesentlich interessanter als irgend ne schnöde Dämmung an der Außenwand, die ist dann halt da, macht aber keinen Spaß, spart halt so.“ (TN Fokusgruppe 2)

Eine Teilnehmende berichtet von einer hohen **intrinsischen Motivation**, sich mit den Sanierungsmöglichkeiten auseinanderzusetzen, weil sie gewillt war, Sanierungen umzusetzen: „aber ich war irgendwie total willens das zu machen.“ Dies wird von anderen Teilnehmenden auch anerkennend wahrgenommen: „eigentlich hat sie recht, man muss einfach mal anfangen,[...]“ (TN Fokusgruppe 2)

Fördermaßnahmen motivieren einerseits, werden von den Befragten aufgrund der politischen Umsetzung aber auch in einigen Aspekten kritisiert. Die Teilnehmenden haben auch teilweise schlechte Erfahrungen gesammelt. Als zentrale Kritikpunkte werden der hohe bürokratische Aufwand, die Undurchsichtigkeit über Förderbedingungen und ständig wechselnde Förderbedingungen genannt: „Also, das ist überhaupt kein Anreiz mehr, [...] weil man so viel zusätzlichen bürokratischen Aufwand hat, dass, dass man am Ende schon denkt, [...] dann zahle ich lieber. So, da müsste einfach mal ne Vereinfachung her find ich.“ (TN Fokusgruppe 1). Zudem müsste das Geld vorgestreckt werden. Ein Teilnehmender berichtet aus seinem Umfeld andererseits, dass die Förderung einige Freunde motiviert habe, aber eher ein positiver Nebeneffekt gewesen sei: wenn man sowieso sanieren möchte und das Geld habe, dann werde die Förderung auch mitgenommen. Je höher die Förderung, desto motivierender wären die Maßnahmen. Ein anderer Teilnehmender äußert sich kritisch gegenüber der 20-Prozent-Förderung für Einzelmaßnahmen. Diese sei nur 1 Prozent höher als über die Mehrwertsteuer wieder an den Staat zurückgezahlt werde und damit wenig hilfreich. Ein anderer Teilnehmer äußerte sich positiv gegenüber der Förderung von Wärmepumpen und wünschte die Beibehaltung der Förderung: „An die Wärmepumpe denkend find ich die Förderung gar nicht so schlecht. Ja gut, wenn die das so beibehalten werden würden. Auch unter der neuen Regierung.“ (TN Fokusgruppe 2).

Die Motivationsfaktoren wurden in beiden Fokusgruppen weitgehend unabhängig von ihrem Einkommen genannt. Insbesondere der Umweltschutz wurde in beiden Fokusgruppen als zentraler Motivationsfaktor genannt. Ebenso der Themenbereich Kosten(ersparnis), wobei dieser etwas stärker in der Fokusgruppe 2, der Gruppe mit geringem Einkommen, betont wurde. Die Themen Komfort, Wertsteigerung und Einbruchsschutz wurden hingegen nur in der Fokusgruppe 1 als Motivatoren artikuliert.

2.2 Hemmnisse

Die Teilnehmenden nannten unterschiedliche Hemmnisse. Manche wurden mehrfach genannt bzw. von anderen bestätigt, andere Hemmnisse wurden nur einzeln genannt und nicht weiter kommentiert. Widersprüche gab es bei keinem genannten Hemmnis.

Besonders betont haben die Teilnehmenden hohe Kosten und die Wirtschaftlichkeit, Planungssicherheit und den bürokratischen Aufwand.

Viele Teilnehmende äußern Zweifel an der Rentabilität von Sanierungsmaßnahmen und damit an der **Wirtschaftlichkeit** energetischer Gebäudesanierung. Hohe Anfangsinvestitionen und lange Amortisationszeiten werden als abschreckend empfunden. Beispielsweise wird erwähnt, dass sich die Kosten für Solaranlagen oder Wärmepumpen erst nach vielen Jahren amortisieren, was insbesondere für ältere Hausbesitzende ein Problem darstelle.

Die ständigen Änderungen bei Förderbedingungen und gesetzlichen Anforderungen führen zu Unsicherheiten. **Fehlende Planungssicherheit** ist ein zentrales Hemmnis: „Genau durch die gesetzlichen Vorschriften, wo, man jetzt im Moment eigentlich gar

nicht weiß, in welche Richtung das nun wirklich geht.“ Einige Teilnehmende berichten auch, dass sie aufgrund von Änderungen in den Förderbedingungen zusätzliche bürokratische Hürden überwinden mussten. Generell werden **Bürokratie und Aufwand** als wichtige Hemmnisse von den Teilnehmenden genannt. Der hohe bürokratische Aufwand bei der Beantragung von Förderungen wird mehrfach kritisiert. Viele Teilnehmende empfinden die Vielzahl an Formularen und die Komplexität der Anforderungen als abschreckend.

Ein weiteres genanntes Hemmnis ist die **Verfügbarkeit von Handwerker*innen**. Insbesondere die Schwierigkeit qualifizierte Handwerker*innen zu finden, die Zeit haben und das Haus ganzheitlich betrachten, sind in einigen Regionen eine Herausforderung: „Weiteres Hemmnis hier in der Gegend ist jetzt die verschiedenen Handwerksbetriebe unter einen Hut zu kriegen, also jemand zu finden, der das ganze Haus umfassend erstmal beurteilt und nicht nur einen Teilaспект bewertet.“ bzw. „und jemanden zu finden, der alle Aspekte zusammenbündeln und beurteilen kann, das war für mich rückblickend eigentlich das Hauptproblem.“

Einige Teilnehmende äußern Bedenken hinsichtlich der **technischen Machbarkeit** bestimmter Maßnahmen, wie z. B. der Installation von Wärmepumpen in Altbauten, oder die Tragefähigkeit des Dachs. Auch **ästhetische Aspekte**, wie die Veränderung des Erscheinungsbildes durch Außendämmungen, und der durch Wärmepumpen verursachte **Lärm** spielen eine Rolle.

Einige der genannten Hemmnisse wurden in der Forschung der vergangenen Jahre umfassend untersucht und teilweise auch widerlegt (u.a. die Eignung von Wärmepumpen in Altbauten)⁸, allerdings äußern einige Teilnehmenden, dass der **Aufwand**, sich umfassend zu informieren und die richtigen Entscheidungen zu treffen, als belastend empfunden wird. Einige Teilnehmende geben auch an, sich **von der Vielzahl an Informationen und Meinungen überfordert** zu fühlen. Neben Fachmedien ist insbesondere die Informationsflut in sozialen Medien und die unklare Glaubwürdigkeit der dort geteilten Informationen eine Herausforderung für einzelne Teilnehmende. Es wird betont, dass man sich auf seriöse Quellen verlassen sollte, da die mediale Berichterstattung auch oft populistisch sei: „Was man so in den Medien gelesen und gehört hat, das entsprach nach meiner Recherche seltenst wirklich der Wahrheit, sondern wurde auch viel Populismus betrieben.“

Die Diskussionen in den Fokusgruppen haben einige **Unterschiede je nach aktueller Heizung oder auch dem Baujahr** des eigenen Hauses gezeigt. Personen mit Gasheizungen äußern häufig Bedenken hinsichtlich der Umstellung auf Wärmepumpen, insbesondere wegen der Kosten, der technischen Machbarkeit und der Vorlauftemperaturen. Bei Öl- oder Fernwärmeheizungen werden ähnliche finanzielle und technische Hemmnisse genannt, jedoch weniger spezifische technische Herausforderungen wie bei Gasheizungen. Bewohner*innen älterer Häuser berichten von Schwierigkeiten bei der Dämmung aufgrund der Bauweise (z. B. Natursteinwände) und den hohen Kosten. Bewohner*innen neuerer Häuser haben oft bereits eine gute Grunddämmung und äußerten weniger Hemmnisse, sondern eher Überlegungen zur Optimierung (z. B. PV-Anlagen, Wärmepumpen).

⁸ Siehe u.a. <https://blog.innovation4e.de/2021/02/10/waermepumpen-im-bestand-eine-serie-in-12-folgen/>

Auch bei den Hemmnissen gab es viele Übereinstimmungen zwischen den beiden Fokusgruppen, wurden also unabhängig vom Einkommen genannt. Insbesondere die hohen Anfangsinvestitionen und Unsicherheiten, ob sich die Investitionen in der Zeit, in denen die Menschen noch in den eigenen vier Wänden wohnen, auch wirtschaftlich auszahlen, sind zentrale Hemmnisse. Auch die Planungsunsicherheit durch sich (ständig) ändernde politische und insbesondere förderpolitische Rahmenbedingungen wurden in beiden Fokusgruppen betont. In Fokusgruppe 2, der Gruppe mit geringem Einkommen, wurden darüber hinaus noch der Aufwand für die Informationsbeschaffung sowie die Handwerkerverfügbarkeit als wichtiges Hemmnis identifiziert.

2.3 Einstellungsänderungen im Verlauf der Diskussion

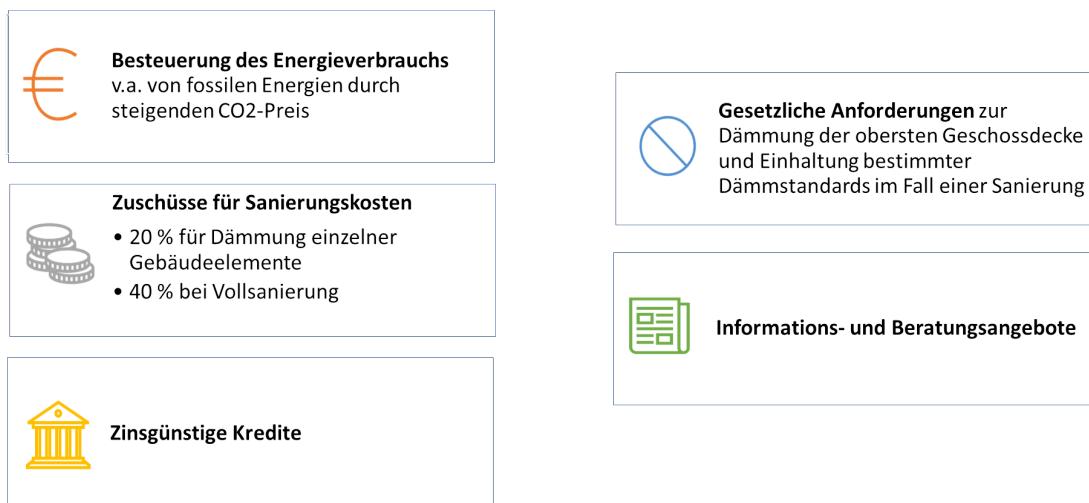
Im Verlauf einer Fokusgruppe konnte bei einigen Teilnehmenden eine Veränderung der Einstellungen zum Thema Gebäudesanierung beobachtet werden. Besonders auffällig war dies bei Teilnehmenden, die durch die Diskussionen und die Erfahrungen anderer motiviert wurden, ihre bisherigen Ansichten zu überdenken. Beispielsweise äußerte eine Teilnehmerin der Fokusgruppe 2 (geringe Einkommen), dass sie das Engagement einer anderen Teilnehmerin und die von ihr umgesetzten Maßnahmen bewundere, was sie dazu anregte, ihre eigene Zurückhaltung zu hinterfragen. Die Teilnehmerin mit dem hohen Engagement wiederum betonte, dass man sich nicht von der Komplexität der Informationen abschrecken lassen dürfe und ermutigte andere, aktiv zu werden. Diese Dynamik zeigt, dass der Austausch in der Gruppe dazu beitrug, Hemmnisse wie Bequemlichkeit oder Unsicherheit zu überwinden und neue Perspektiven zu entwickeln. Im Verlauf der weiteren Diskussion in der Fokusgruppe wurde deutlich, dass auch ein weiterer Teilnehmer motiviert wurde. Er äußerte, dass er beeindruckt war, wie die Teilnehmerin ein großes Projekt erfolgreich umgesetzt hat. Die berichteten finanziellen Einsparungen und die positiven Gefühle nach Sanierungsabschlussmotivierten ihn, über seine eigene Zurückhaltung nachzudenken und sich zu überlegen, an einer Stelle anzufangen.

Ein Teilnehmer wurde im Verlauf der Fokusgruppe durch die Motivation der älteren Generation motiviert, die ihn überraschte: „Ich finde es super, dass die ältere Generation auch noch so motiviert ist und anpackt, weil man hört ja manchmal dann auch nach mir die Sintflut und es wird gar nicht mehr an andere gedacht. Also ich finde das so super von den Leuten, die jetzt hier gesprochen haben, dass da wirklich was vorangeht und das motiviert mich Jüngeren jetzt auch enorm.“ (TN Fokusgruppe 2)

2.4 Einstellungen zu politischen Maßnahmen

Der aktuelle politische Maßnahmenmix zur Gebäudesanierung wurde den Fokusgruppenteilnehmenden mit grafischer Erklärung und der Möglichkeit für Rückfragen vorgestellt (s. Abbildung 4). Zusätzlich wurden die im Mai 2025 geltenden Förderbedingungen der BEG zum Heizungstausch im Detail vorgestellt. Es kann auf Basis der Rückmeldungen von einem ausreichenden grundsätzlichen Verständnis des aktuellen Maßnahmenmixes nach dieser Vorstellung ausgegangen werden.

Abbildung 4: Aktueller klimapolitischer Maßnahmenmix im Gebäudebereich



Quelle: eigene Darstellung Öko-Institut

Die Befragten bewerten den aktuellen politischen Maßnahmenmix zur Förderung energetischer Gebäudesanierungen unterschiedlich.

Positiv wird von einigen Teilnehmenden die staatliche Förderung gesehen (z. B. 20 Prozent Förderung für einzelne Maßnahmen, 40 Prozent für Vollsanierungen). Dies wird teilweise als motivierend bewertet, insbesondere für einkommensschwache Haushalte bzw. für Haushalte, die ohnehin Sanierungen planen. Die Kombination aus CO₂-Bepreisung und finanzieller Förderung wird grundsätzlich als sinnvoll erachtet. Informations- und Beratungsangebote werden als hilfreich bewertet, und Verbesserungen angeregt (s. Kapitel 2.5).

Kritisch bewerten einige Teilnehmende, dass die Förderbedingungen oft unübersichtlich und bürokratisch seien, sich zwischen Bundesländern unterscheiden und sich zudem häufig ändern würden (mangelnde Kontinuität und Planbarkeit). Änderungen in Förderbedingungen und Unsicherheiten über zukünftige CO₂-Preise führen zu Zurückhaltung bei Investitionen. An zinsgünstigen Krediten wird bemängelt, dass ältere Menschen davon nicht profitieren, weil ihnen Kredite verwehrt würden. Auch Mitnahmeeffekte bei der Förderung werden angesprochen. Zudem wird von einigen Teilnehmenden kritisiert, dass die Politik zu viel vorschreibe (statt auf Eigenmotivation zu setzen) und immer neue Standards für Wohnraum setze (obwohl bezahlbarer Wohnraum nötig sei). Kritisiert wird auch die Kommunikation seitens Politiker*innen und Medien. Es wird der Wunsch nach ehrlicher und transparenter Kommunikation geäußert.

Der Maßnahmenmix wird teilweise als **sozial ungerecht** empfunden, da einkommensstarke Haushalte ebenso oder sogar häufiger von den Förderungen profitieren wie einkommensschwache Haushalte („Gießkannenprinzip“). Die soziale Staffelung der Förderung beim Heizungstausch wird von den meisten Teilnehmenden beider Fokusgruppen als gerecht wahrgenommen. Gleichzeitig wird aber angemerkt, dass es mit Blick auf die mangelnde Berücksichtigung von Vermögen und die ungleiche Umsetzung zwischen Bundesländern noch Verbesserungspotenzial gebe. Eine Abschaffung der Grundförderung für einkommensstarke Haushalte wird aber vereinzelt auch kritisch bewertet: „Also ich finde, es geht ja um die Sache an sich und deswegen

finde ich es schon gut, dass auch Haushalte mit höheren Einkommen so eine Grundförderung kriegen, weil es kann ja auch sein, dass die sonst sagen interessiert mich eigentlich gar nicht, warum soll ich das machen? Und dass die vielleicht dadurch hin oder mit einer Grundförderung auf die Idee gebracht werden [...] finde ich sinnvoll, dass eine stärkere Förderung noch für einkommensschwächere Haushalte gibt, dass die halt dann zu dem Grundanreiz selber noch so wirklich eine finanzielle Stütze erhalten.“ (TN Fokusgruppe 1)

2.5 Vorgeschlagene Änderungen am politischen Maßnahmenmix

Die Teilnehmenden der Fokusgruppen haben verschiedene Vorschläge zur Verbesserung des politischen Maßnahmenmixes gemacht, um mehr Menschen zur energetischen Gebäudesanierung zu motivieren. Im Folgenden sind die zentralen Punkte zusammengefasst.

1. Verbesserung der Förderlandschaft (Vereinheitlichung, Bürokratieabbau, Kontinuität):

Der hohe bürokratische Aufwand und „Informationsdschungel“ bei der Beantragung von Fördermitteln werden als große Hemmnisse genannt. Vorschläge umfassen die Einführung von klaren Checklisten, zentralisierten Anlaufstellen und digitalen Tools, die den Prozess vereinfachen. Eine Teilnehmerin wünscht sich eine konkrete Ansprechperson oder -stelle, an die man sich mit Fragen richten könne. Teilnehmende fordern zudem, dass Förderprogramme über mehrere Jahre hinweg konstant bleiben, um Planungssicherheit zu gewährleisten. Es wird kritisiert, dass Fördertöpfe oft schnell leer sind oder Förderbedingungen sich häufig ändern. Einheitliche Regelungen auf Bundesebene werden vorgeschlagen, da unterschiedliche Regelungen in den Bundesländern zu Verwirrung führen.

2. Langfristige Planungssicherheit:

Mehrere Teilnehmende betonen, dass die Politik langfristige und stabile Rahmenbedingungen schaffen sollte. Häufige Änderungen bei Förderprogrammen und gesetzlichen Vorgaben führen zu Unsicherheiten und hemmen die Bereitschaft zur Sanierung. Ein Beispiel ist die Forderung nach einem klaren Fahrplan für den CO₂-Preis über die nächsten 10-15 Jahre, um Investitionen besser kalkulieren zu können.

„Na, ich finde das ist halt der Nachteil, dass in Deutschland nicht langfristig gedacht wird, sondern in Wahlperioden, dass man dann ständig immer irgendwo was umhaut und das, was vielleicht schon mal gut angedacht war, dann plötzlich wieder über den Haufen geschmissen wird [...].“

3. Klare Kommunikation seitens Politik / Medien und bessere Informationsbereitstellung:

Die Teilnehmenden wünschen sich transparente, ehrliche und klare Kommunikation seitens Politik und eine bessere Informationsbereitstellung. Es wird kritisiert, dass die Informationen zu Förderprogrammen und politischen Maßnahmen oft unübersichtlich und schwer zugänglich seien. Ein Vorschlag ist die Entwicklung eines Online-Berechnungstools, das Hausbesitzenden zeigt, welche Maßnahmen sich lohnen und welche Förderungen verfügbar sind. Einige Teilnehmende äußerten, dass Medien oft widersprüchliche oder populistische Informationen verbreiten und es häufig einer Plausibilitätsprüfung durch mehrere Quellen bedarf.

4. Unabhängige und kostenlose Beratung:

Es besteht der Wunsch, nach flächendeckender, kostenloser und unabhängiger Energieberatung. Die Teilnehmenden tauschen sich über Erfahrungen mit Energieberater*innen aus. Während eine Teilnehmerin positive Erfahrungen teilte mit einem kostenlosen kommunalen Beratungsangebot in Marburg, erwähnte ein anderer Teilnehmer, dass die Beratung in seiner Kommune kosten würde.

5. Soziale Staffelung der Förderung:

Die Mehrheit der Teilnehmenden befürwortet eine sozial gestaffelte Förderung, bei der einkommensschwächere Haushalte stärker unterstützt werden. Dies wird als gerechter empfunden, da diese Haushalte oft weniger finanzielle Mittel haben, um energetische Sanierungen durchzuführen. Ein Teilnehmer weist darauf hin, dass auch Vermögen berücksichtigt werden sollte, da Einkommen allein nicht immer die finanzielle Lage eines Haushalts widerspiegelt. Hierzu gibt es aber auch Bedenken bezüglich der Komplexität von Vermögensangaben.

6. Förderung von Häusern mit schlechtem Energiestandard:

Die Teilnehmenden sind auf Nachfrage geteilter Meinung über eine stärkere Förderung von Häusern mit schlechtem Energiestandard. Während ein Teilnehmer dies grundsätzlich befürwortet, wies ein anderer auf die Gefahr von Mitnahmeeffekten hin, bei denen Eigentümer*innen, die jahrelang nicht investiert haben, unverhältnismäßig profitieren könnten.

Zusammenfassend fordern die Teilnehmenden eine Kombination aus besserer Information, sozial gerechter Förderung, langfristiger Planungssicherheit und weniger Bürokratie, um die energetische Gebäudesanierung attraktiver und zugänglicher zu machen. Eine Verschärfung von Vorgaben und Standards wird nicht unterstützt.

3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse der Fokusgruppen bieten wertvolle Hinweise, basieren jedoch auf einer – wie für Fokusgruppen üblichen – kleinen, nicht repräsentativen Stichprobe; sie erlauben daher keine generalisierbaren Aussagen, sondern dienen dazu, ergänzend zum bisherigen Forschungsstand, vertiefte Einblicke in die Einstellungen, Wahrnehmungen und Motivationen zu erhalten und besonders kontrovers diskutierte Aspekte sowie Gruppendynamiken zu identifizieren. Auch wenn die Fokusgruppen keine generalisierbaren Aussagen erlauben, so untermauern einige Aussagen doch auch Ergebnisse anderer Studien, die auf größeren Datenbasen beruhen.

Hinsichtlich der **Motivationsfaktoren** zeigt sich ein bemerkenswerter Dreiklang: Erstens sind ökologische Motive und der Wunsch, einen Beitrag zu Klimaschutz, Nachhaltigkeit und intergenerationaler Verantwortung zu leisten, in beiden Fokusgruppen – unabhängig vom Einkommen – sehr präsent. Zweitens spielen finanzielle Erwägungen eine zentrale Rolle: Energieeinsparungen, langfristige Kostenreduktion und Wertehalt bzw. Wertsteigerung des Gebäudes motivieren viele Eigentümer*innen, sofern sich Investitionen innerhalb der individuell verbleibenden Wohn- oder Lebenszeit amortisieren können. Drittens zeigt sich eine starke Rolle von sozialer Bestärkung und Vertrauen: Gute Erfahrungen im persönlichen Umfeld, Empfehlungen von Handwerker*innen oder erfolgreiche Sanierungsprojekte anderer Teilnehmender wirken

motivierend und erzeugen ein Gefühl der Selbstwirksamkeit. Ergänzend betonten einige Teilnehmende, dass neue Technologien – insbesondere Wärmepumpen und PV-Anlagen in Kombination mit digitalen Anwendungen – Begeisterung auslösen können. Diese emotionale Komponente technologischer Innovation wirkt wie ein Treiber, der komplexe Maßnahmen zugänglicher macht.

Demgegenüber stehen jedoch zahlreiche **Hemmnisse**, die zum Teil tief verankert und individuell bedeutsam sind. Als zentrale Barriere wird die Unsicherheit über die Wirtschaftlichkeit energetischer Maßnahmen genannt. Hohe Anfangsinvestitionen, lange Amortisationszeiten und begrenzte finanzielle Spielräume – insbesondere für ältere Eigentümer*innen oder einkommensschwächere Haushalte – führen zu Zurückhaltung. Dazu kommt ein stark wahrgenommener Mangel an Planungssicherheit: sich ändernde Förderbedingungen, unklare künftige Vorgaben sowie politisch aufgeladene Debatten über Heizungen haben viele Teilnehmende verunsichert. Auch der bürokratische Aufwand stellt einen erheblichen Hinderungsgrund dar. Die Komplexität der Verfahren, das Erfordernis der Vorfinanzierung und der Mangel an verlässlichen Ansprechpersonen erschweren Sanierungsentscheidungen massiv. Hinzu kommen praktische Barrieren wie die Schwierigkeit, verfügbare qualifizierte Handwerker*innen zu finden, Unsicherheiten darüber, welche Technologie/Maßnahme die richtige ist sowie die Überforderung durch widersprüchliche Meinungen von Handwerker*innen, im Freundeskreis, in Medienberichten und unzuverlässige Informationsquellen.

Die Haltung gegenüber **aktuellen politischen Maßnahmen** ist entsprechend ambivalent. Zwar erkennen die Teilnehmenden die Bedeutung staatlicher Förderung grundsätzlich an und schätzen insbesondere sozial gestaffelte Zuschüsse beim Heizungstausch. Dennoch dominieren Kritikpunkte: die wahrgenommene Intransparenz der Förderlandschaft, der Bürokratieaufwand, unklare Langfristperspektiven und die häufigen Änderungen von Förderbedingungen führen zu Skepsis. Einige Teilnehmende äußern zudem Zweifel an der sozialen Gerechtigkeit der Maßnahmen, da einkommensstarke Haushalte nach ihrer Wahrnehmung überproportional profitieren. Gleichzeitig werden ordnungsrechtliche Vorgaben teils als übergriffig empfunden – andere begrüßen sie jedoch als notwendige Orientierungshilfe. Die politische und mediale Kommunikation wird als unzureichend, widersprüchlich und verunsichernd wahrgenommen – unabhängig von der Parteiaffinität.

Aus den Diskussionen lassen sich **konkrete Vorschläge für Verbesserungen bestehender Maßnahmen sowie zusätzliche Politikoptionen** ableiten. Besonders zentral sind Vereinfachungen: weniger Bürokratie, klarere und einheitlichere Regeln sowie digitale oder „One-Stop“-Anlaufstellen könnten zentrale Hemmnisse reduzieren. Langfristige Planungssicherheit – etwa ein verbindlicher CO₂-Preispfad, stabile Förderbedingungen oder mehrjährige Förderperioden – würden Investitionsentscheidungen erleichtern. Flächendeckende, unabhängige Energieberatung, idealerweise kommunal und kostenfrei, könnte Informationsdefizite verringern und Vertrauen stärken. Auch eine konsequent sozial gestaffelte Ausgestaltung der Förderung sowie eine Berücksichtigung von Vermögen zusätzlich zum Einkommen wurden von einigen Teilnehmenden als gerechter empfunden. Ergänzend könnte eine gezielte Förderung besonders ineffizienter Gebäude sinnvoll sein, sofern Mitnahmeeffekte begrenzt werden. Schließlich ist eine offenere, transparentere und konsistente politische Kommunikation dringend notwendig.

Mit Blick in die Zukunft zeigt die Analyse, dass die **Steigerung von Motivation und Akzeptanz** nicht allein durch monetäre Anreize gelingt. Entscheidend ist ein Zusammenspiel aus finanzieller Entlastung, sozialer Unterstützung, verlässlichen institutionellen Rahmenbedingungen und niedrigschwelliger Wissensvermittlung. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Motivation stark wächst, wenn Eigentümer*innen sich sicher fühlen – sicher in Bezug auf die Richtigkeit ihrer Entscheidungen, die Zukunftsfähigkeit der Technologien, die Stabilität politischer Rahmenbedingungen und die Seriosität der verfügbaren Informationen. Motivation und Akzeptanz entstehen dort, wo Klimapolitik als gerecht, verständlich und machbar erlebt wird. Ein glaubwürdiger Fokus auf soziale Ausgewogenheit, transparente Zielsetzungen, kontinuierliche Kommunikation und positive Erzählungen des Gelingens könnten entscheidend dazu beitragen, dass mehr Haushalte bereit sind, aktiv zu werden. Nicht zuletzt verdeutlichen die Fokusgruppen, dass soziale Dynamiken – das Erleben, dass andere erfolgreich sanieren, und das Gefühl, Teil einer gemeinsamen gesellschaftlichen Aufgabe zu sein – erhebliches Potenzial für zukünftige Transformationsstrategien bieten.

4 Literaturverzeichnis

- Becker, Simon; Hagen, Jonas; Joshi, Saikiran; La Serna, Sebastian de (2024): dena Gebäudereport 2025 – Zahlen, Daten, Fakten zum Klimaschutz im Gebäudebestand. Hg. v. Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena). Berlin. Online verfügbar unter <https://www.dena.de/infocenter/gebaeudereport-2025/>, zuletzt geprüft am 26.01.2026.
- Bergquist, Magnus; Nilsson, Andreas; Harring, Niklas; Jagers, Sverker C. (2022): Meta-analyses of fifteen determinants of public opinion about climate change taxes and laws. In: *Nat. Clim. Chang.* 12 (3), S. 235–240. DOI: 10.1038/s41558-022-01297-6.
- Braungardt, Sibylle; Schumacher, Katja; Hoesch, Sarah; Keimeyer, Friedhelm; Cludius, Johanna; Kenkmann, Tanja (2024): Analyse von vulnerablen Gruppen nach Art. 8 Abs. 3 EED im Gebäude- und Wärmesektor sowie Erarbeitung von Maßnahmen zu deren Unterstützung. Online verfügbar unter <https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Analyse-vulnerablen-Gruppen-Massnahmen-im-Gebaeude-Waermesektor.pdf>.
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Hg.) (2024): Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB); Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB); Statistisches Bundesamt (Destatis). Bonn: bpb. Online verfügbar unter https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Sozialbericht_2024_bf_k2.pdf, zuletzt geprüft am 26.01.2026.
- Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) (Hg.) (2025): Gebäudewende: Daten und Trends. Marktreport 2025. Bündnis Gebäudewende: Ein Projekt der dena. Berlin. Online verfügbar unter https://www.dena.de/fileadmin/Buendnis_Gebaeudewende/Dokumente/BGW_Marktreport_2025_web.pdf, zuletzt geprüft am 26.01.2026.
- European Parliament (EP); European Council (EC) (2023a): Directive (EU) 2023/1791 of the European Parliament and of the Council of 13 September 2023 on energy efficiency and amending Regulation (EU) 2023/955 (recast) (Text with EEA relevance). Directive (EU) 2023/1791. In: *Official Journal*, L 231, 1-111 2023. Online verfügbar unter <http://data.europa.eu/eli/dir/2023/1791/oj>.
- European Parliament (EP); European Council (EC) (2023b): Regulation (EU) 2023/955 of the European Parliament and of the Council of 10 May 2023 establishing a Social Climate Fund and amending Regulation (EU) 2021/1060. Regulation (EU) 2023/955. In: *Official Journal* (130), S. 1–51. Online verfügbar unter <http://data.europa.eu/eli/reg/2023/955/oj>, zuletzt geprüft am 15.02.2024.

Eurostat (Hg.) (2026a): Distribution of population by tenure status, type of household and income group. Online data code: ilc_lvho02. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_lvho02/default/table?lang=en, zuletzt aktualisiert am 26.01.2026, zuletzt geprüft am 26.01.2026.

Eurostat (Hg.) (2026b): Private households by household composition, number of children and age of youngest child. Online data code: lfst_hhnhtych. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/lfst_hhnhtych/default/table?lang=en, zuletzt aktualisiert am 26.01.2026, zuletzt geprüft am 26.01.2026.

FDZ - Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (2018): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018 - Grundfile 3 (AAGSHB), SUF, Version 2. Düsseldorf.

Fiedler, Swantje; Peiseler, Florian; Maier, Michael; Cludius, Johanna; Graichen, Jakob; Schumacher, Katja; Healy, Sienna (2024): CO2-Preis in Deutschland - Umsetzung des ETS II und des Klima-Sozialfonds in Deutschland. Studie für Klima-Allianz Deutschland. Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS); Öko-Institut (Studie, 2/2024). Online verfügbar unter https://www.germanwatch.org/sites/default/files/202402_ets2_klimasozialfonds.pdf, zuletzt geprüft am 13.09.2024.

Friedemann, Carolin; Drinkuth, Thomas (2024): Studie: Zeit für die Modernisierungsoffensive - Was Hausbesitzer denken und brauchen. Initiative Klimaneutrales Deutschland (IKND); Repräsentanz Transparente Gebäudehülle (RTG). Initiative Klimaneutrales Deutschland (IKND); Repräsentanz Transparente Gebäudehülle (RTG). online, 06.12.2024. Online verfügbar unter https://initiative-klimaneutral.de/fileadmin/iknd_content/Veranstaltungen/241206_IKND_RTG_Webinar_Sanierungsumfrage_Eigenheimbesitzende.pdf, zuletzt geprüft am 26.01.2026.

Heinrich, Stephan; Langreder, Nora; Grodeke, Anna-Maria; Hoch, Markus; Jessing, Dominik; Wachter, Philipp et al. (2025a): Förderwirkungen BEG EM 2023. Evaluation des Förderprogramms „Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG)“ in den Teilprogrammen BEG Einzelmaßnahmen (BEG EM), BEG Wohngebäude (BEG WG) und BEG Nichtwohngebäude (BEG NWG) im Förderjahr 2023. Endbericht. Prognos AG; ifeu - Institut für Energier- und Umweltforschung Heidelberg gGmbH; FIW München; ITG Institut für Technischen Gebäudeausrüstung Dresden. Berlin, Heidelberg, München, Dresden. Online verfügbar unter https://www.energiewechsel.de/KAENEF/Redaktion/DE/PDF-Anlagen/BEG/beg-evaluation-2023-beg-em.pdf?__blob=publicationFile&v=2, zuletzt geprüft am 26.01.2026.

Heinrich, Stephan; Langreder, Nora; Grodeke, Anna-Maria; Hoch, Markus; Jessing, Dominik; Wachter, Philipp et al. (2025b): Förderwirkungen BEG WG 2023. Evaluation des Förderprogramms „Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG)“ in den Teilprogrammen BEG Einzelmaßnahmen (BEG EM), BEG Wohngebäude (BEG WG) und BEG Nichtwohngebäude (BEG NWG) im Förderjahr 2023. Endbericht. Prognos AG; ifeu - Institut für Energier- und Umweltforschung Heidelberg gGmbH; FIW München; ITG Institut für Technischen Gebäudeausrüstung Dresden. Berlin, Heidelberg, München, Dresden. Online verfügbar unter https://www.energiewechsel.de/KAENEF/Redaktion/DE/PDF-Anlagen/BEG/beg-evaluation-2023-beg-wg.pdf?__blob=publicationFile&v=2, zuletzt geprüft am 26.01.2026.

Holm, Andrej; Ragnault, Valentin; Sprengholz, Maximilian; Stephan, Meret (2021): Die Verfestigung sozialer Wohnversorgungsprobleme. Entwicklung der Wohnverhältnisse und der sozialen Wohnversorgung von 2006 bis 2018 in 77 deutschen Großstädten. Hg. v. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf (Working Paper Forschungsförderung, 217). Online verfügbar unter https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008039, zuletzt geprüft am 09.02.2024.

Kaestner, Katrin; Knoche, Anton; Gerster, Andreas; Frondel, Manuel; Henger, Ralph; Milcetic, Martina et al. (2025): Report: Fokusreport Wärme und Wohnen - Zentrale Ergebnisse aus dem Ariadne Wärme- & Wohnen-Panel 2024. Hg. v. Kopernikus-Projekt

Ariadne. Potsdam. Online verfügbar unter <https://ariadneprojekt.de/publikation/report-fokusreport-waerme-und-wohnen-zentrale-ergebnisse-aus-dem-ariadne-waerme-wohnen-panel-2024/>, zuletzt geprüft am 26.01.2026.

Knoche; Anton; Kaestner, Kathrin; Frondel, Manuel; Gerster, Andreas; Henger, Ralph et al. (2024): Ariadne-Fokusreport Wärme und Wohnen - Zentrale Ergebnisse aus dem Ariadne Wärme- & Wohnen-Panel 2023. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.48485/pik.2024.014>, zuletzt geprüft am 20.01.2026.

Schumacher, Katja; Noka, Viktoria; Cludius, Johanna (2025): Identifying and supporting vulnerable households in light of rising energy costs. Hg. v. Umweltbundesamt (UBA). Öko-Institut. Dessau-Roßlau (UBA Texte, 01/2025). Online verfügbar unter <https://doi.org/10.60810/openumwelt-7674>, zuletzt geprüft am 07.01.2025.

Statista (Hg.) (2026): Europäische Union: Anzahl der Privathaushalte in den Mitgliedsstaaten im Jahr 2024. Online verfügbar unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74720/umfrage/anzahl-der-privathaushalte-in-den-laendern-der-eu/>, zuletzt aktualisiert am 26.01.2026, zuletzt geprüft am 26.01.2026.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (Hg.) (2022): Zensusdatenbank: Haushalte (Gebietsstand 15.05.2022). Online verfügbar unter <https://ergebnisse.zensus2022.de/datenbank/online/statistic/5000H/details>, zuletzt aktualisiert am 02.12.2025, zuletzt geprüft am 26.01.2026.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (Hg.) (2025): EU-Vergleich: Deutschland ist Mieterland Nummer 1. Online verfügbar unter <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Soziales-Lebensbedingungen/Mieteranteil.html>, zuletzt aktualisiert am 26.01.2026, zuletzt geprüft am 26.01.2026.

Trading Economics (Hg.) (2026): Wohneigentumsquote - Länder - Liste - Europa. Online verfügbar unter <https://de.tradingeconomics.com/country-list/home-ownership-rate?continent=europe>, zuletzt aktualisiert am 26.01.2026, zuletzt geprüft am 26.01.2026.

Universität Erfurt (Hg.) (2025): PACE - Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen. Online verfügbar unter <https://projekte.uni-erfurt.de/pace/topic/output/30-akzeptanz/>, zuletzt aktualisiert am 25.11.2025, zuletzt geprüft am 26.01.2026

Öko-Institut e.V | Freiburg | Darmstadt | Berlin

Das Öko-Institut ist eines der europaweit führenden, unabhängigen Forschungs- und Beratungsinstitute für eine nachhaltige Zukunft. Seit der Gründung im Jahr 1977 erarbeitet das Institut Grundlagen und Strategien, wie die Vision einer nachhaltigen Entwicklung global, national und lokal umgesetzt werden kann. Das Institut ist an den Standorten Freiburg, Darmstadt und Berlin vertreten.

www.oeko.de | info@oeko.de

Kontakt

Katja Schumacher | k.schumacher@oeko.de
Benjamin Köhler | b.koehler@oeko.de
